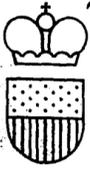


Liechtensteiner Volksblatt



Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Rheinkraftwerke, Grundwasser, autofreie Sonntage

Das Pressegespräch vom Dienstagabend war vor allem Umweltschutz-Themen gewidmet

Mit Fragen und Antworten zu den geplanten Rheinkraftwerken, dem Grundwasser, den autofreien Sonntagen sowie der Aktion «Bitte Motor abstellen» war das Pressegespräch vom Dienstagabend vor allem Themen gewidmet, die entweder direkt oder indirekt mit Umweltschutz zu tun haben. Die vier anwesenden Regierungsmitglieder, Regierungschef Hans Brunhart, Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, Regierungsrat Anton Gerner und Regierungsrat Dr. Walter Oehry sprachen den Automobilisten im weiteren ein Kompliment für die vorwiegend disziplinierte Fahrweise nach der Einführung von Tempo 50 und Tempo 80 aus.

Wie Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt auf eine entsprechende Frage

ausführte, wurden gegen die geplanten Rheinkraftwerke insgesamt 25 Einsprachen und drei Stellungnahmen aus unserem Land abgegeben. Von diesen Einsprachen, deutlich weniger als in der Schweiz, wo über 300 Einsprachen erfolgten, kamen sieben von politischen Gemeinden (davon zwei aus Vorarlberg), zwei wurden von öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Abwasserzweckverband und Wasserversorgung), sechs von interessierten Vereinigungen (davon vier aus Vorarlberg) und zehn von privaten Personen eingereicht. Der Inhalt der Einsprachen dreht sich, wie Hilmar Ospelt erklärte, vorwiegend um das Problem des Grundwassers, den Landschaftsschutz sowie Störungen während der Bauzeit.

Unberechtigten Einsprachen ausscheiden

Die Frist zur Einsprache in unserem Land ist abgelaufen. Eine Verlängerung kommt nach Auffassung von Regierungschef-Stellvertreter nach den Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes nicht in Frage. Vorerst sollen nun die unberechtigten Einsprachen ausgeschieden werden. Im Unterschied zum schweizerischen Recht hat in unserem Land nicht jede Person die Berechtigung, eine Einsprache zu erheben, sondern nur direkt davon Betroffene, wie Bodenanstösser.

In einem zweiten Schritt werden Abklärungen über die verschiedenen Punkte der Einsprachen vorgenommen, um sie im Auflageverfahren für das Projekt konsortium berücksichtigen zu können. Schliesslich werden, so Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt, Gespräche mit der st. gallischen Regierung über diese Einsprachen stattfinden, bevor das Auflageverfahren weitergezogen wird.

Grundwasserprobleme - Lösungen

Mit der Absenkung der Rheinsohle ist auch der Grundwasserspiegel erheblich abgesunken. Die Probleme in Balzers sind vor allem in den Oberflächengewässern sichtbar, die in den letzten Jahren immer mehr ausgetrocknet wurden. Nach den Worten von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt herrschen, vor allem im Zusammenhang mit den Rheinkraftwerken, recht unterschiedliche Auffassungen über die Möglichkeiten der Anhebung des Grundwasserspiegels. Ausser-

dem sei es sehr schwierig festzustellen, welche Höhe des Grundwassers die richtige sei.

Wie Regierungschef Hans Brunhart dazu ergänzte, hat die Regierung ein Projekt ausarbeiten lassen, das eine Bewässerung der Bäche (insgesamt 25 km) durch Ableitung von Rheinwasser vorsieht. Ausserdem sei eine Kombination durch die Errichtung von Sohlenschwellen ins Auge gefasst worden, die aber vor dem endgültigen Entscheid über die Rheinkraftwerke nicht verwirklicht werden könnten. Mit der Gemeinde Balzers würden derzeit Gespräche über die Finanzierung und die Bauherrschaft dieser Bewässerung stattfinden. Allerdings meinte Brunhart, auch von dieser Massnahme könnten keine Wunder für das Grundwasser erwartet werden, wenn gleich sich die Situation verbessern könnte.

Autofreie Sonntage

Der Aufruf zum freiwilligen Verzicht auf die Motorfahrzeuge, nicht nur das Auto, an einem Sonntag im März stellt nach Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt eine Mittellösung zwischen den Forderungen der Petition nach mindestens vier autofreien Sonntagen und der heutigen Situation dar. In erster Linie gehe es mit diesem freiwilligen Verzicht um die Prüfung der Frage, wie ernst es den liechtensteinischen Motorfahrzeughaltern sei, die Forderung nach autofreien Sonntagen zu erfüllen. Ausserdem sollte damit langsam das Bewusstsein geschaffen werden, dass weitere Massnahmen zur Rettung des Waldes notwendig seien. Es gehe, so fasste Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt zusammen, mehr um ein Signal zum Umdenken.

Friedenspetition

Mit der Friedenspetition wird sich die Regierung, wie Regierungschef Hans Brunhart erklärte, weiter beschäftigen, nachdem sich wiederum eine Gruppe mit dieser Thematik befasst hat. In ein paar Wochen sei eine Stellungnahme der Regierung zu erwarten, die jedoch, wie Brunhart betonte, die liechtensteinische Position nochmals klar formuliere, aber keine unterschiedliche Meinung gegenüber der bereits geäußerten Stellungnahme im Landtag zum Inhalt haben werde.



Dr. Herbert Wille als FBP-Kandidat

Mit einer überzeugenden Mehrheit von 334 der 347 Delegierten stimmen haben die FBP-Delegierten der elf Ortsgruppen am Montagabend Dr. Herbert Wille zum Kandidaten für das Amt des Regierungschefs nominiert. In einer kurzen Vorstellung vor dem Parteitag wies Dr. Wille darauf hin, dass er sich für eine Kandidatur zur Verfügung stelle, sie angestrebt habe und nun mit ganzer Kraft sich dafür einsetzen werde.

Dr. Herbert Wille wurde 1944 in Balzers geboren und ist seit seiner Verheiratung 1971 in Balzers wohnhaft. Nach dem Besuch der Schule in seinem Heimatort und dem Gymnasium studierte er in Freiburg Rechtswissenschaften. Seine Doktorarbeit widmete er dem Thema «Staat und Kirche im Fürstentum Liechtenstein».

Seit 1970 steht der 41jährige FBP-Kandidat in Diensten des Staates. Von 1970 bis 1980 war er Ressortsekretär von Regierungschef Dr. Walter Kieber, seit 1980 ist er Ressortsekretär von Regierungschef-Stellvertreter Hilmar Ospelt.

In dieser 15jährigen Tätigkeit als Ressortsekretär hat Dr. Herbert Wille

sämtliche Regierungsressorts kennengelernt und in all diesen Ressorts auch Vorlagen des Landtages vorbereitet. Nach diesem beruflichen Werdegang darf man ohne Übertreibung behaupten, dass Dr. Herbert Wille die Regierungsarbeit von Grund auf kennt und damit auch die notwendige Erfahrung für das Amt des Regierungschefs mitbringt.

Neben seiner beruflichen Tätigkeit als Ressortsekretär hat sich Dr. Herbert Wille in den letzten Jahren intensiv mit den Aufgaben der Partei auf Landes- und Ortsebene befasst und sich für Belange der Partei, sei es im Kreis der JUNGEN FBP oder der FRAUEN IN DER FBP oder in einzelnen Ortsgruppen, mit Rat und Tat eingesetzt. Wertvolle Dienste leistete er während dieser Zeit auch für den Parteivorstand und die FBP-Landtagsfraktion.

Dr. Herbert Wille ist auch publizistisch in Erscheinung getreten. Er ist Autor verschiedener Beiträge zu Fragen des Verhältnisses Staat und Kirche sowie Staat und Parteien, von denen die meisten in den Politischen Schriften erschienen sind. (Bild: Eddy Risch)

Sekanina verlor letztes hohes Amt

Wien (AP) Der ehemalige österreichische Bauminister Karl Sekanina hat am Mittwoch auch sein letztes hohes Amt als Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) verloren. Sekanina war über Unklarheiten beim Kauf einer Millionen-Villa sowie einem privaten Gewerkschaftsdarlehen gestolpert. Er hatte am Montag der vergangenen Woche sein Amt als Chef der Gewerkschaft Metall, Bergbau und Energie zur Verfügung gestellt und war am Freitag nach einem kurzen Gespräch mit Bundeskanzler Fred Sinowatz als Bauminister zurückgetreten.

In der Sitzung des ÖGB-Vorstands am Mittwoch wurde das Rücktrittsschreiben Sekaninas verlesen und vom Vorstand zur Kenntnis genommen worden. Er nahm an der Sitzung nicht teil.

Der Machtverlust von Sekanina erfolgte vor dem Hintergrund eines Machtkampfes innerhalb des ÖGB um die Nachfolge aus Altersgründen wahrscheinlich im kommenden Jahr ausscheidenden ÖGB-Präsidenten Anton Benya, der auch Nationalratspräsident ist. Bisher hatte Sekanina als einer der aussichtsreichsten «Kronkandidaten» für das Amt gegolten.

Leidet das Briefmarkenland Liechtenstein Schaden?

Die «Deutsche Briefmarkenzeitung» hat sich erneut mit den Olympia-Marken 1980 beschäftigt

(G.M.) - Solange nicht etwas Licht in den Dunkel um die Olympia-Marken gebracht wird, bleibt die Sache - wie eine Wellenbewegung - in den Schlagzeilen. Die «Deutsche Briefmarkenzeitung», die vor kurzem enthüllte, dass sich «mehrere hundert Serien» dieser offiziell vernichteten Ausgabe in den Händen eines Händlers befänden, nimmt diese Thematik auch in ihrer neuesten Ausgabe an. Zusammenfassend wird die DBZ-Autor Götz Schneider, leider nicht die bisherigen Erklärungen der Regierung nichts, was nicht schon vorher bekannt gewesen sei und fährt dann weiter: «Von dem Bemühen, jetzt endlich einmal die Öffentlichkeit umfassend zu informieren, kann noch keine Rede sein».

Der recht umfangreiche Bericht der «Deutschen Briefmarkenzeitung» befasst sich vor allem mit den offiziellen Erklärungen der Regierung sowie den Kommentaren in den liechtensteinischen Zeitungen. Zwischendurch gibt Autor Götz Schneider zu verstehen, dass die Informationspolitik bisher nichts zur Aufdeckung der für die Briefmarkenwelt doch einigermaßen brisanten Falles beigetragen hat. Im Gegenteil: «Ist es denn kein Widerspruch, wenn man zuerst betont, dass die in der DBZ genannte Existenz von mehreren hundert Serien «zur Zeit jeglicher Beweise» fehle, um anschliessend zugeben, dass die «Behauptung über das

Vorhandensein einer grösseren Menge dieser Briefmarken» der Fürstlichen Regierung seit dem 21. November 1984 bekannt gewesen sei. Wenn aber doch «jeglicher Beweis» für den Wahrheitsgehalt dieser Behauptung gefehlt hätte, warum erstattete die Regierung dann postwendend, das heisst noch am selben Tag, bei Polizei (d.h. dem FL Sicherheitskorps) Strafanzeige gegen Unbekannt?»

Kritisch setzt sich Götz Schneider auch mit der Ansicht der Regierung auseinander, mit dem Umtausch einer angebotenen Serie das Problem aus der Welt schaffen zu können, ohne die Öffentlichkeit darüber zu informieren. Was wird geschehen, so fragt er sich, «wenn demnächst auf irgend einer anderen Auktion oder bei einem Händler etwa ein Ersttagsbrief, ein Satz Maximumkarten oder ein loser Viererblock dieser nicht verausgabten Markenserie zum Angebot kommt?» Und: «Ist es denn überhaupt zweckmässig, sich gegen eine Lawine zu wehren, wenn diese schon einmal losgetreten worden ist?»

Interessant ist der kurze Kommentar, den Götz Schneider an seinen Artikel «Olympiamarken 1980 von Liechtenstein - Strafanzeige gegen Unbekannt!» anhängt! Wenn das Liechtensteiner Volksblatt das Anrecht des (Liechtensteiner) Bürgers auf Information - auch in dieser Frage - reklamiert, dann möchte ich dieses Recht ebenfalls für die sehr viel grössere «Gemeinde» der Liechtensteiner Briefmarken-, der Olympia- und der Sport-Motivmarken-Sammler fordern: Wem ist eigentlich damit gedient, dass etwas zuerst als nicht existent, dann als Unikat, später als Rarität bezeichnet wird und sich zum Schluss in Hunderten von Exemplaren auf dem Markt tummelt?

Hier besteht doch eine ganz klare Aufklärungspflicht auch der philatelistischen Presse, um gutgläubige Sammler vor schweren finanziellen Schäden zu bewahren, auch wenn hier kurzfristig das Ansehen des Briefmarkenlandes Liechtenstein - wegen einer unverständlichen Informationspolitik oder gar wegen eventueller späterer Ergebnisse oder Erkenntnisse im Zuge der Ermittlungen bei der Strafanzeige - Schaden erleidet.

Das muss in Kauf genommen werden! Wir Sammler sollten uns einstweilen damit abfinden, dass die Olympiamarken 1980 von Liechtenstein existieren, als «nicht verausgabte Serie» zu katalogisieren sind und irgendwann in beträchtlicher Zahl auf dem Markt anzutreffen sein werden. Kein Liechtenstein-Sammler ist gezwungen, diese «Druckstücke» zu kaufen, um «komplett» zu sein; der Reiz der ganz grossen «Rarität» (den Auktionshäuser mit Vorliebe zu verbreiten suchen) dürfte aber zu Ende sein, und wer nach Kenntnis aller Fakten diese Marken haben will und zuviel dafür bezahlt, ist selbst schuld!

2,3 Millionen Vignetten verkauft

Bis Ende Januar 58,8 Millionen Franken Einnahmen

Bern (AP) Bis Ende Januar sind in der Schweiz und im Ausland rund 2,3 Millionen Autobahnvignetten verkauft worden. Wie der Pressesprecher des Eidgenössischen Finanzdepartementes (EFD), Oswald Sigg, gestern bestätigte, hat der Bund bis Ende Januar 58,8 Millionen Franken aus dem Vignettenverkauf eingenommen.

In der Schweiz sind damit die vom Bundesrat geschätzten Einnahmen von rund 50 Millionen Franken bereits übertroffen worden, im Ausland wird eine stärkere Nachfrage nach der obligatorischen Vignette mit dem Einsetzen des Hauptreiseverkehrs im Sommer erwartet. Eine schlüssige Bilanz über die vom Bundesrat gesamthaft erwarteten 250 bis 300 Millionen Franken aus dem Vignetten-

verkauf könne daher erst in einem Jahr gezogen werden, sagte Sigg.

In der Schweiz und in Liechtenstein wird die Vignette an den Poststellen sowie an Garagen und Tankstellen verkauft. Die PTT setzten nach Angaben von Pressesprecher Alfred Bissegger bis Ende Januar 1,01 Millionen der Gebührenschilder ab, die mit dem Vertrieb bei Garagen und Tankstellen betraute Einkaufsgesellschaft des Autogewerbeverbandes der Schweiz (ESA) ermittelte nach Angaben ihres Direktors Curt Habegger einen Verkauf von bisher 962 866 Autobahn-Plaketten. An den Schweizer Zollstellen wurden bis Ende Januar zudem mit dem Verkauf von rund 233 000 Vignetten Einnahmen von sieben Millionen Franken verbucht.